Dresdner Volkszeitung

Postscheckkonto: Dresden, Laden & Comp., Nr. 1268.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto: Gebr. Arnhold, Dresden.

Bezugspreis einschließlich Bringerlohn monatlich 6.00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 18.00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8.50 M. Einzelnummer 80 Pf.
Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261. Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die 9gespaltene Nonpareillezeile 2.00 M., Familienanzeigen 1.50 M., die 8gespaltene Reklamezeile 6.50 M. Bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im voraus zu bezahlen. Ohne Verbindlichkeit zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Beilagenniederlegung 20 M.

Nr. 286 | Dresden, Freitag den 10. Dezember 1920 | 31. Jahrg.

Kommunistenschlacht in Prag

Eigene Drahtmeldung

Prag, 10. Dezember. Das Arbeiterheim in Prag ist gegenwärtig der Schauplatz blutiger Kämpfe, deren Ende noch gar nicht abzusehen ist. Das Volksheim, das von den Kommunisten gewaltsam besetzt worden war, ist durch ein rechtskräftiges Urteil den Unabhängigen und den Mehrheitssozialisten zugesprochen worden. Trotzdem weigern sich die Kommunisten, es zu räumen. Gestern abend rückte ohne vorherige Ankündigung die Polizei gegen das Volkshaus vor, um es zu besetzen und auf diese Weise dem Urteil Geltung zu verschaffen. Die im Volksheim zufällig anwesenden 50 Kommunisten verbarrikadierten sich in aller Eile und empfingen die mit gefälltem Bajonett heranrückenden Mannschaften mit einem Steinhagel. Es kam zu wüsten Kämpfen, in deren Verlauf verschiedene Polizeisoldaten schwer verletzt wurden. Die Zahl der bei den Kämpfen gefallenen Kommunisten ist noch nicht festgestellt. Dem Sturmangriff der Truppen gelang es, das Volksheim zu nehmen und es zu besetzen. Als die Vorfälle bekannt wurden, strömten in den Abendstunden aus den Vororten Prags Hunderte von Kommunisten nach der Stadt, um ihren Genossen zu Hilfe zu kommen.

Aus Gladno ging spät abends die Nachricht ein, daß unter dem Eindruck der Vorfälle in Prag der Generalstreik proklamiert wurde.

Der gekränkte Hermes

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 10. Dezember. Wie wir hören, hat zwischen dem Reichskanzler Fehrenbach und dem preußischen Ministerpräsidenten Braun eine persönliche Aussprache wegen des Zwischenfalles im Reichstage zwischen Braun und dem Reichsernährungsminister Hermes stattgefunden. Die Aussprache führte zu einer Verständigung. Wir erfahren, daß der Reichsernährungsminister Hermes gegen die sozialistische Korrespondenz, die neuerdings eine Reihe schwerer Beschuldigungen gegen den Minister Hermes erhoben hatte, Strafantrag gestellt hat.

Bombenanschlag im rumänischen Senat

Eigene Drahtmeldung

Bukarest, 10. Dezember. In der gestrigen Sitzung des Senats ist ein Bombenanschlag verübt worden. Der Justizminister Grostens und ein Bischof wurden getötet, ein Minister, mehrere Senatoren und ein General schwer verletzt.

Weitere deutsche Noten an die Entente

Berlin, 10. Dezember. Wie der Lokalanzeiger hört, werden im Anschluß an die gestern skizzierte deutsche Einwohnerwehrnote heute zwei weitere Noten an die Entente übergeben werden. Die eine beschäftigt sich mit dem Vorschlag Lloyd Georges hinsichtlich der Abstimmung in Oberschlesien. Die deutsche Regierung wird in ihrer Antwort den Vorschlag ablehnen mit der Begründung, daß er den Bestimmungen des Friedensvertrags in keiner Weise entspricht. Eine gleiche Ablehnung wird die Regierung in Sachen der Rheinlandnote zum Ausdruck bringen, in der gewisse Forderungen in bezug auf Kundgebungen deutscher Regierungsvertreter gestellt waren. Die deutsche Regierung wird auch hier den Standpunkt vertreten, daß der Anspruch der Entente, die Ministerreden zuvor anzumelden, in keiner Weise den Bestimmungen des Friedensvertrags entspreche.

Die Brüsseler Konferenz

Eigene Drahtmeldung

Kopenhagen, 10. Dezember. Wie aus London gemeldet wird, beginnen die Verhandlungen in Brüssel über die Kriegsentschädigung in der nächsten Woche. Man wolle die Meinungen über diese Frage untereinander austauschen. England wird durch Lord Abernon, den britischen Gesandten in Berlin, vertreten sein. Außer Deutschland werden auch Italien, Frankreich und Belgien Abgesandte entsenden. Mit Rücksicht auf die Schwierigkeiten, die deutscherseits in einer Note geltend gemacht wurden, wird die Sitzung am Mittwoch beginnen.

In englischen diplomatischen Kreisen vermutet man, daß die Verhandlungen in der Form geführt werden, daß man an Deutschland die Aufforderung richtet, die Karten offen auf den Tisch zu legen, d. h. klar zu zeigen, wie sich Deutschland die Abzahlung der Wiedergutmachungssumme denkt. Der Eindruck, den die deutschen Vorschläge machen, wird den verschiedenen Regierungen mitgeteilt werden, worauf das ganze Thema der Wiedergutmachungskommission zur Erledigung übergeben werden wird. Man glaubt, daß diese Sitzung in Genf abgehalten werden wird, aber nicht vor Februar.

Die Gärung in der Beamtenschaft

Der Reichstag hat gestern in zweiter und dritter Lesung die Vorlage über die Erhöhung der Beamtenteuerungszulage erledigt. Angenommen wurden diejenigen der Regierung gebilligten Ausschußbeschlüsse, alle darüber hinausgehenden Anträge wurden, nachdem die Regierung sie für unannehmbar erklärt hatte, abgelehnt.

•

Zu der von uns gestern behandelten Protesterklärung der Postbeamtenverbände an den Reichspostämtern macht der Vorwärts die folgenden sehr beachtenswerten Ausführungen:

„Es kriselt seit langem in der deutschen Beamtenschaft. Seit Monaten verhandeln die Organisationen mit der Regierung, um eine Aufbesserung der vielfach unzulänglichen Bezüge zu erreichen. Die Verhandlungen führten zu keinem andern Erfolg, als daß das Reichsfinanzministerium eine Erhöhung der Kinderzulagen zugestand.

In den letzten Tagen ist nun in einzelnen Bezirken der Postverwaltung die passive Resistenz eingetreten, von der wir berichtet haben. Giesberts hat mit seinem Streikverbot geantwortet, von dem er voraussehen mußte, daß es Oel ins Feuer gösse. Die Protesterklärung der Postbeamtenverbände zeigt, daß die Erregung schon einen sehr hohen Grad erreicht hat und in jedem Augenblick zu einer Explosion führen kann.

Damit aber wäre weder den Beamten noch dem Reiche gedient. Denn das Schicksal der einen ist mit dem des andern unlösbar verknüpft. Das Reich und die Einzelstaaten sind keine prosperierenden Aktienunternehmungen, sie leiden vielfach im großen ebenso bittere finanzielle Not wie die einzelnen Beamtenfamilien im kleinen. Es kann deshalb den letzteren an sich wenig nützen, wenn die Finanzen des Reiches oder der Einzelstaaten durch Stillegung des Verkehrs noch mehr erschüttert werden, als das ohnehin schon geschehen ist.

Deshalb müssen alle Faktoren, die an der Verantwortung für die Lebensmöglichkeit des Reiches zu tragen haben, das Äußerste aufbieten, um einen Ausweg zu finden aus der Sackgasse, in der sich die Angelegenheit zu verfangen droht.

Die große Oeffentlichkeit muß sich darüber klar sein, daß die Beamtenschaft nicht zum Vergnügen oder aus Sport mit dem Gedanken der Arbeitsverweigerung spielt. In den meisten Behörden der unteren und mittleren Beamten ist seit langem Schmalhans Küchenmeister.

So wenig die Regierung und die Oeffentlichkeit leicht über die Wünsche der Beamtenorganisationen hinweggehen dürfen, so wenig dürfen andererseits die Beamten den Gedanken des Streiks leicht nehmen. Vor einigen Tagen wies eine Zuschrift aus dem Ruhrgebiet auf die Tatsache hin, daß dort gerade aus deutschnationalen Beamtenkreisen zum Streik geraten und gedrängt würde. Man kann sich leicht vorstellen, welche Absichten hinter diesem Treiben verborgen sind. Man sehe sich deshalb in Beamtenkreisen sehr genau um, welche Elemente womöglich zu wilden Streiks treiben möchten, bei denen schließlich die Organisationen ganz ausgeschaltet sein würden!

Daß die Angelegenheit durch den Runderlaß Giesberts' und die „Warnung" der Reichsregierung an die Beamten kompliziert wurde, ist bedauerlich, aber uns scheint, daß wichtiger als die theoretische Frage des Streikrechts die Frage ist: Wie kommen wir zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß? Und da muß der Reichstag der Regierung den Weg weisen, den sie sich augenscheinlich selbst verbaut hat."

Inzwischen hat sich der Reichstag mit der Angelegenheit befaßt. Ob durch seinen Entscheid die Beamtenschaft befriedigt worden ist, muß abgewartet werden. Die in Frage kommenden Beamtenverbände haben am gestrigen Abend zu der Annahme der Regierungsvorlage über die Beamtenbesoldung im Reichstage keine Stellung mehr genommen. Ihre Entscheidung zu der neugeschaffenen Situation wird erst heute erfolgen. Der Deutsche Beamtenbund tritt mittags 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um weitere Beschlüsse zu fassen. Auch die übrigen Organisationen dürften erst nach eingehender Beratung zum Entschluß kommen.

Die Morgenblätter appellieren an die Einsicht der Beamten, daß sie es bei der Stellungnahme zu der vom Reichstage bewilligten Regierungsvorlage nicht zum äußersten kommen lassen werden. Die Deutsche Allgemeine Zeitung schreibt: Was den Beamten jetzt bewilligt wurde, sei tatsächlich das Höchstmaß dessen, was bei der heutigen Finanzlage habe bewilligt werden können. — Das B. T. gibt die große Notlage der Beamten zu, hebt aber hervor, daß die katastrophale Finanzlage des Reiches und der Einzelstaaten es verbiete, mehr zu geben, als gestern beschlossen wurde. Der Vorwärts meint, daß ein Streik der Beamten dem schwerkranken deutschen Wirtschaftsleben den Todesstoß versetzen würde.

Von unabhängiger Seite ist dem Reichstag eine Interpellation zugegangen, die das Streikverbot des Reichspostministers als eine Verletzung des den Beamten durch die Reichsverfassung gewährten Koalitionsrechtes bezeichnet.

•

Unter den gewerblichen **Angestellten der Reichsgetreidestelle** hatte in den letzten Tagen eine Bewegung zum Streik bestanden, da die Behörde den Forderungen der Angestellten auf Zahlung einer Weihnachtsgratifikation ablehnend gegenüber stand. Durch Verhandlungen, die vorgestern im Reichsarbeitsministerium geführt wurden, konnte aber die Streikgefahr abgewandt werden. Der Schlichtungsausschuß, der unter Vorsitz des Ministerialrats Dr. Baumann tagte, bewilligte den Angestellten eine Weihnachtsgratifikation in Höhe von zwei Dritteln eines Gesamtmonatseinkommens abzüglich der Kinderzulage.

Die Wahl des Ministerpräsidenten

Wie wir gestern bereits mitteilen konnten, ist es im Landtag, wenn auch mit Schwierigkeiten, gelungen, die Wahl des sozialistischen Ministerpräsidenten zu sichern und damit den Grundstein, richtiger den Schlußstein, für die neue sozialistische Regierung zu legen. Der Bildung der Regierung stehen zunächst Schwierigkeiten nicht mehr im Wege. Denn nach der neuen Verfassung steht dem Ministerpräsidenten das Recht zu, die Minister zu berufen und so die Regierung zu bilden. Tatsächlich kann der Ministerpräsident keineswegs nach freiem Ermessen, sondern nur im Einverständnis mit den Parteigruppen handeln, die zur Regierungsbildung bereit sind und dazu auch über die erforderliche Mehrheit im Landtag verfügen. Das ist in diesem Falle die sozialistisch-kommunistische Linke. In Wirklichkeit ist ja auch bereits über alle Fragen, einschließlich der in Betracht kommenden Personen, ein Einverständnis erzielt worden. Danach wird sich die neue Regierung also zusammensetzen: Präsidium: Buck (Soz.), Inneres: Lipinski (Unabh.), Finanzen: Heldt (Soz.), Wirtschaft: Schwarz (Soz.), Arbeit: Jäckel (Unabh.), Unterricht: Fleißner (Unabh.), Justiz: Dr. Harnisch (Soz.). Es ist möglich, daß noch eine Personenverschiebung bei den Unabhängigen vorkommt, im großen und ganzen aber steht die Zusammensetzung der Regierung jetzt fest und ist in ihrem Bestande wenigstens für die nächste Zeit durch die Wahl des Ministerpräsidenten gesichert.

Allerdings erscheint sie nichts weniger als fest begründet. Ihre Schwäche ist, daß sie in entscheidenden Fragen von der Unterstützung der Kommunisten abhängig ist. Wie wenig Verlaß aber auf diese Herrschaften ist, hat sich gestern bei der Wahl des Ministerpräsidenten erneut gezeigt. Wir wollen dahingestellt sein lassen, ob lediglich politische Unreife die allerdings durchweg noch sehr jugendlichen kommunistischen Vertreter dazu geführt hat, zur Unzeit ihre alten Phrasen steigen zu lassen, oder ob sie glaubten, sich gegen Moskau salvieren zu müssen. Nach Lage der Sache ist aber keineswegs anzunehmen, daß man es bei Renners gestrigem Erguß mit der Extratour eines Schreckenskindes zu tun hatte. Es mag sein, daß die Kommunisten alle Schreckenskinder sind. Das aber ist gerade die größte Gefahr für die jetzige Regierung. Kein Zweifel kann aber darüber bestehen, daß wenigstens der schriftlich fixierte Teil der kommunistischen Verstiegenheiten die Ansicht der ganzen kommunistischen Fraktion zum Ausdruck bringen sollte.

Es war gestern im Landtag vor der Präsidentenwahl eine äußerst gespannte Situation. Die Vertreter der bürgerlichen Parteien hatten, wenn auch mit nicht zutreffender Begründung, keinen Zweifel darüber gelassen, daß von dieser Seite keine Stimme für den Ministerpräsidenten einer sozialistischen Regierung mit kommunistischen Sitzen zu erlangen war. Die Entscheidung hing von einer Stimme ab. Hätte sie gefehlt, wäre die Regierungsbildung zunächst nicht möglich gewesen. Man kann sich leicht vorstellen, wie in dieser Lage die kommunistischen Knallerbsen wirkten, die Herr Renner so freigebig ausstreute. Man war im Begriff, auf Grund einer Verfassung, die als die freieste der Welt angesprochen werden kann, eine Regierung zu bilden; auf einmal erklärt ein Vertreter der Gruppe, ohne die eine verfassungsmäßige Regierung nicht zustande kommen kann, in stammelnder Versammlungsmanier und fremdländischem Akzent, daß sie alles aufbieten werden, die Verfassung zu stürzen, die Regierung in Mißkredit zu bringen und die Volksvertretung zu sabotieren. Im ersten Augenblick stand wohl alles unter dem Eindruck: jetzt ist alles aus. Der wurde noch verstärkt durch die Vertagung der Verhandlung, die von sozialdemokratischer Seite verlangt wurde. Aber man hat schließlich wohl recht daran getan, daß man diese Schlagworte Moskauer Herkunft in dieser Lage nicht ernster genommen hat, wie sie einzuschätzen sind.

Genosse Buck wurde der Situation durchaus gerecht, als er bei Wiedereröffnung der Verhandlungen erklärte, er stehe zur Verfassung und wähle nicht um die Stimmen solcher Leute, die die Verfassung stürzen wollen. Damit war sowohl im allgemeinen wie für die Kommunisten im besonderen Klarheit geschaffen. Wenn sie trotzdem für Buck stimmten und so eine sozialistische Regierung möglich machten, so ist das an sich erfreulich; wie die Kommunisten diese Haltung mit ihrer ersten Erklärung in Einklang bringen wollen, ist ihre Sache. Eine kurze Erklärung, die der Kommunist Siewert dazu abgab, nahm sich übrigens ganz wie eine Desavouierung seines Freundes Renner aus und klang dahin, daß sie ja gar nicht so Schlimmes gemeint, sondern nur hätten zum Ausdruck bringen wollen, daß sie die Regierung nur so lange unterstützen würden, wie sie sozialistische Politik treibe. Natürlich hatte Renner viel mehr und etwas ganz anderes gesagt. Doch auch das mögen die Herren unter sich ausmachen. Ungeschehen konnten sie freilich dadurch die Tatsache nicht machen, daß sie die sozialistische Regierung durch ihre ersten wahnwitzigen Verstiegenheiten unwiderruflich belastet und für die Zukunft trübe Aussichten eröffnet haben. Denn steht das politische Verständnis der Kommunisten auch in Zukunft auf dem Niveau, das man gestern aus Renners Rede kennen lernte, dann ist die kommunistische Stütze für die neue Regierung noch weit unzuverlässiger, als man seither angenommen hat.

Zum Schluß noch ein Wort an die bürgerlichen Gruppen. Niemand rnd am allerwenigsten wir hatten irgendeine Unterstützung der neuen Regierung von dieser

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19201210/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG